

## 1. Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\*- und/oder intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTIQ\*) fortentwickeln und langfristig absichern

### Frage 1.1 LSBTIQ\*-Aktionsprogramm als zentrale ressortübergreifende Daueraufgabe

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das LSBTIQ\*-Aktionsprogramm der Landesregierung (bisher betitelt als LSBTTI-Aktionsprogramm), das 2016 mit 70 Einzelmaßnahmen versehen wurde, unter breiter Beteiligung queerer Verbände und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen als zentrale, ressortübergreifende, verpflichtende Daueraufgabe der Landespolitik fortentwickelt wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
<p>Am 29. Januar 2015 hat die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung mit der Implementierung und Umsetzung eines rahmengebenden Aktionsprogramms beauftragt (Drucksache 6/3789), das unter dem Titel Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt erarbeitet worden ist. Das Aktionsprogramm LSBTTI ist in vier Handlungsfelder gegliedert:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bildung und Aufklärung</li> <li>2. Öffentlicher Dialog</li> <li>3. Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität</li> <li>4. Gesetzliche Grundlagen</li> </ol> <p>Diese Handlungsfelder weisen unterschiedliche Zielperspektiven auf. Die mit den Handlungsfeldern verbundenen Zielperspektiven münden in 69 Maßnahmen, die in den Ressorts umzusetzen waren.</p>	<p>Das Landesprogramm für ein geschlechter-gerechtes Sachsen-Anhalt, zu welchem das bisherige LSBTTI-Aktionsprogramm zugeordnet ist, wollen wir in Gänze evaluieren und weiterentwickeln. Die Maßnahmen und Ziele in diesem Programm sollen dabei zukünftig in allen politischen Handlungsfeldern verbindlich festgeschrieben sein. Eine Rückkopplung mit den queeren Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen halten wir für dringend geboten.</p>	<p>Wir stehen hinter dem Ziel, das LSBTIQ*-Aktionsprogramm der Landesregierung als zentrale, ressortübergreifende Daueraufgabe im Land Sachsen-Anhalt für eine nachhaltige Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, intergeschlechtlichen, nonbinären sowie queeren Menschen (LSBTIQ*) unter Beteiligung von LSBTIQ*-Verbänden weiterzuentwickeln und Maßnahmen konsequent umzusetzen. Hierauf werden wir im Rahmen der Koalitionsverhandlungen für eine neue Regierungskoalition dringen und dies im Koalitionsvertrag festhalten. Das zuständige Ministerium für Justiz und Gleichstellung werden wir anhalten, regelmäßig über die Fortschreibung des Programms und die getroffenen Maßnahmen zu berichten.</p>	<p>Das „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTIQ*“ ist von großer Bedeutung, um die Rechte, die gesellschaftliche und strukturelle Akzeptanz von LSBTIQ* zu stärken. Eine Fortschreibung ist unbedingt erforderlich, muss unseres Erachtens nach jedoch in einem engen Dialogprozess mit den im Land aktiven Verbänden und Interessenvertretungen geschehen und kontinuierlich den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden.</p>	<p>Wir beantworten die Fragen 1.1 bis 1.9 im Sachzusammenhang: Wir zeigen null Toleranz gegen diejenigen, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminieren. Dies ist Grundsatz unserer Politik für LSBTTI. Dazu wollen wir etwa in der Jugendarbeit und in der Schule der Diskriminierung entgegenwirken und mit Aufklärung für Akzeptanz werben. Das Land hat die Aufgabe, entsprechende Strukturen zu finanzieren, die schulisch und außerschulisch arbeiten können, sowie Hilfsangebote zu finanzieren für Menschen, die Opfer von Diskriminierung werden. Wir werden ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, dass auch die heute vielfach unbeachteten Dimensionen Religion und sexuelle Orientierung berücksichtigt.</p>	<p>Gar nicht. Wir wollen dieses Programm einstellen.</p>

Grundlage des Aktionsprogramms war der umfangreiche Entwurf Gesamtgesellschaftlicher Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt des LSpRT. Mit dem Aktionsprogramm wurde ein Beitrag dafür geleistet, die Menschen in Sachsen-Anhalt für geschlechtlich-sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren und zu informieren. Mit dem Aktionsprogramm haben wir eine Basis geschaffen, einer Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität, geschlechtlicher Entwicklung oder sexueller Orientierung in unserem Land systematisch entgegenzutreten. Wir werden uns bei der Fortschreibung des Aktionsprogrammes stark an den Erkenntnissen des aktuellen Aktionsprogrammes orientieren.

--	--	--	--	--	--

**Frage 1.2 LSBTIQ\*-politische Zielvereinbarungen der Landesregierung**

Wollen Sie dafür sorgen, dass die Fortschreibung bzw. Weiterentwicklung des Aktionsprogramms künftig als ressortübergreifende Daueraufgabe in Form von LSBTIQ\*-politischen Zielvereinbarungen der Landesregierung sichergestellt werden, die verbindliche Vorgaben für das politische Handeln setzen und konkrete Maßnahmen beinhalten und ableiten?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
<p>Wir danken Ihnen für die Über-sendung der sehr ausführlichen Wahlprüfsteine. Diese tragen zum Teil neue Fragestellungen heran und zeigen, dass wir unseren Dialog führen und ausbauen müssen. Sie sprechen sehr vielschichtige soziologische, sozialpolitische, gesellschaftspolitische und psychologische Komplexe an, die sehr wichtig sind. Ihnen ist es ein zentrales Anliegen, dass die Menschen, die Sie vertreten, im gesellschaftlichen und politischen Leben keine Diskriminierungen erfahren, und dass tatsächlich eine Gleichstellung erreicht wird, weil sie bzw. die von Ihnen vertretenen Menschen vielerorts Ungleichbehandlungen und eine mangelnde Wertschätzung erfahren. Wir sind völlig einig mit Ihnen, dass dies geändert werden muss. Dies entspricht auch unserem zentralen Anliegen als christliche Demokraten. Alle Menschen sind unabhängig von ihren individuellen Eigenschaften stets gleich und haben den gleichen Schutzanspruch.</p>	<p>Die Maßnahmen und Ziele in diesem Programm sollen dabei zukünftig in allen politischen Handlungsfeldern verbindlich festgeschrieben sein. Eine Rückkopplung mit den queeren Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen halten wir für dringend geboten.</p>	<p>Wir werden darauf dringen, dass diese Zielvorgaben bereits im Koalitionsvertrag festgehalten werden, um die geschilderte halbherzige und mangelhafte Umsetzung entlang der Zuständigkeiten zu verbessern. Hier muss aus unserer Sicht wirklich ernst gemacht werden damit, die Umsetzung der Maßnahmen als ressortübergreifende Daueraufgabe zu begreifen, wie wir es auch in unserem Wahlprogramm festgehalten haben.</p>	<p>Es muss ein dynamisches Programm sein, dessen Ziele zügig umgesetzt werden und das regelmäßig evaluiert wird. Erfahrungen und aus der Pandemie resultierende Erfordernisse sollten ebenso berücksichtigt werden. Die Fortschreibung und Weiterentwicklung inklusive einer regelmäßigen Evaluierung des Aktionsprogramms soll in Form von LSBTIQ*-politischen Zielvereinbarungen der Landesregierung – ressortübergreifend – festgelegt werden und damit verbindlich sein.</p>	<p>Siehe Antwort 1.1</p>	<p>Nein.</p>

<p>Ihr Katalog ist ein wichtiges „Kompendium“ für Ihre Anliegen, sodass eine Antwort auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragestellungen notwendigerweise unterkomplex sein muss. Dies würde die berechtigten Anliegen Ihres Verbandes nicht richtig aufnehmen. Dies sollte man vermeiden.</p> <p>Es ist uns wichtig, mit Ihnen in einen fundierten Dialog zu treten und dann gegebenenfalls hieraus ein politisch handhabbares Programm abzuleiten.</p> <p>Weiterhin geben wir Ihnen das Versprechen, uns weiterhin aktiv für die Wertschätzung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen einzusetzen und für Ihre Anliegen einzutreten.</p>					
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	--

**Hintergrund:** Diese Zielvereinbarungen würden die Zusammenarbeit der Ministerien in dieser Thematik befördern und gleichzeitig eine Orientierung für Kommunen, Verbände, Unternehmen und andere wesentliche Akteur\*innen sowie für LSBTIQ\*-Menschen selbst bieten.

Bislang krankt die Umsetzung des LSBTIQ\*-Aktionsprogramms der aktuellen Landesregierung an den Grenzen der Zuständigkeiten der einzelnen Ministerien und an den fehlenden zuständigen Personen in den Ministerien, so dass viele Maßnahmen nur in Teilen, halbherzig oder gar nicht umgesetzt wurden.

**Frage 1.3 Landeskampagne für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt**

Werden Sie dafür sorgen, dass das Land Sachsen-Anhalt ab 2022 gemeinsam mit Kooperierenden aus der LSBTIQ\*- Community und aus allen gesellschaftlichen Gruppen im „Bottom-up“-Prinzip eine landesweite Kampagne für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Sachsen-Anhalt ins Leben ruft?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Mit der Änderung der Landesverfassung konnten wir in der 7. Legislatur ein verfassungsrechtlich verankertes Verbot von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität einführen. Um dieses praktisch zu untersetzen, wollen wir insbesondere Trans*-und Homofeindlichkeit entschieden entgegenreten. Dazu gehört für uns neben der Einführung eines Landes-Antidiskriminierungsgesetzes auch die Evaluation und Weiterentwicklung des Aktionsprogramms zur Akzeptanz von LSBTTI zu einem neuen LSBTIQ*-Aktionsprogramm im Rahmen des Landesprogramms für ein schlechtergerechtes Sachsen-Anhalt Die schon bei der Implementierung des LSBTTI-Aktionsprogramms im Jahr 2015 praktizierte Beteiligung von Selbstorganisationen und Verbänden wie dem Lesben-, Schwulen- und Queerpolitischen Runden Tisch Sachsen-Anhalt (LSQpRT) hat sich bewährt und soll auch in Zukunft gewährleistet werden.	Eine solche Kampagne halten wir für sehr unterstützenswert und notwendig. Sie sollte aus unserer Sicht in den Katalog der Maßnahmen bei Fortschreibung des LSBTIQ*-Aktionsprogramm aufgenommen werden.	DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu stärken und die Vielfalt der Lebensweisen unbedingt zu schützen. Auch Gewalt gegenüber LSBTIQ* ist leider immer noch ein Thema. Ein wichtiger Stützpfeiler für Akzeptanz und Schutz sind Aufklärung und damit einhergehend Prävention. Eine Landeskampagne mit allen in der Frage benannten Akteur*innen ist nach unserem Dafürhalten ein guter Schritt – aber nur ein Baustein, wenn es darum geht, Akzeptanz und Schutz für LSBTIQ* zu erzielen. Darüber hinaus bedarf es ebenso eines Bundesländerprogramms gegen homo- und transphobe Gewalt, das zum einen Präventionsstrategien beinhaltet und zum anderen eine Reform des polizeilichen Erfassungssystems, um Straftaten klar zuordnen zu können, sowie einer jährlichen Berichtspflicht.	Siehe Antwort 1.1	Nein.

**Hintergrund:** Mit allen gesellschaftlichen Gruppen sind beispielsweise gemeint: Arbeitnehmer\*innen- und Arbeitgeber\*innen-Vertretungen, Dachverbände, Vertretungen von Migrant\*innen, Menschen mit Behinderungen sowie Berufsgruppen aus der medizinischen und psychosozialen Versorgung sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen

**Frage 1.4 Finanzielle Förderung der Akzeptanz von LSBTIQ\* durch verbindliche Richtlinien in allen Ministerien**

Wollen Sie dafür sorgen, dass Zuwendungen zur Förderung von Aktivitäten für die Akzeptanz und Verbesserung der Lebenssituation von LSBTIQ\*-Menschen und für den Abbau von Diskriminierungen und Gewalt gegen LSBTIQ\* erhöht werden und künftig in Form von verbindlichen Richtlinien als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts der Landesregierung erfolgen, und nicht wie bisher über die alleinige Fokussierung der Zuständigkeit beim Justiz- und Gleichstellungsministerium?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
<p>Wir werden uns bei der Fortschreibung des Aktionsprogrammes stark an den Erkenntnissen des aktuellen Aktionsprogrammes orientieren.</p> <p>Weiterhin geben wir Ihnen das Versprechen, uns weiterhin aktiv für die Wertschätzung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen einzusetzen und für Ihre Anliegen einzutreten.</p>	<p>Wir werden die Förderung von Aktivitäten zur Steigerung der Akzeptanz und Verbesserung der Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen verbessern und dabei auf einen breiten Katalog wirksamer Instrumente setzen. Hierzu werden wir beispielsweise die bislang ESF-geförderten Beratungs- und Coachingangebote zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verstetigen und in die Landesförderung überführen. Zudem werden wir Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für queere Menschen und ihre Selbstorganisationen personell und finanziell stärken. Mit dem Landes-Antidiskriminierungsgesetz sowie dem Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt (inklusive den eingebundenen Aktionsplänen und Handlungszielen) wird der Rahmen dafür geschaffen, dass diese finanziellen Förderungen in Zukunft als Querschnittsaufgabe von allen Ressorts getragen werden.</p>	<p>Dafür wollen wir selbstverständlich kämpfen. Es handelt sich um absolut wichtige Vorhaben, die unsere Unterstützung haben. Sollte es eine neue Auflage der Kenia-Koalition geben, wird vor allem die CDU aufgrund der schwierigen momentanen Haushaltslage eher auf Kürzungen in diesem Bereich drängen. Das macht es so wichtig, dass wir Grüne so stark wie möglich in den neuen Landtag einziehen. Hier machen wir den Unterschied.</p>	<p>Natürlich müssen ressortübergreifende Zielvereinbarungen auch entsprechend finanziell untersetzt werden.</p>	<p>Siehe Antwort 1.1</p>	<p>Nein.</p>

**Frage 1.5 Unterstützung für kommunale LSBTIQ\*-Akzeptanzprogramme**

In welcher Weise wollen Sie die Entwicklung eigenständiger Aktionsprogramme in den Gemeinden, Städten und Landkreisen Sachsens-Anhalts unterstützen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Mit Hinblick auf das in Deutschland verankerte Subsidiaritätsprinzip ist ein direkter Eingriff in die Hoheit der kommunalen Ebene im Sinne einer Vorgabe zur Etablierung eines lokalen LSBTIQ*-Aktionsplans nicht als zwingende Maßnahme möglich. Entsprechende Initiativen begrüßen und unterstützen wir daher, das Land selbst kann diese aber nicht einfordern.	Dass bisher nur die Landeshauptstadt Magdeburg einen lokalen LSBTIQ*-Aktionsplan hat, ist ein schlechte Bilanz für unser Bundesland. Wir werden daher Formate etablieren, die entscheidenden Akteur*innen der verschiedenen Ebenen vernetzt und an einen Tisch bringt. Hier wird es dann darum gehen, die Kommunen und Landkreise zur Erarbeitung eigener Aktionsprogramme zu animieren und dabei Unterstützung zu leisten.	Eigenständige Aktionsprogramme in den Gemeinden, Städten und Landkreisen Sachsens-Anhalts sind wünschenswert, da sie zum einen passgenau auf die Lage vor Ort zugeschnitten werden können und zum anderen damit die Umsetzung des Programms auf Landesebene unterstützen. Daher sollten Kommunen durch finanzielle und personelle Unterstützung seitens des Landes in die Lage versetzt werden, entsprechende Aktionsprogramme zu entwickeln und umzusetzen. Wichtig wäre ein regelmäßiger Austausch zum aktuellen Stand der Entwicklung sowie der Umsetzung der einzelnen Aktionspläne zwischen den Kommunen und dem Land – z.B. in Form eines Runden Tisches mit den beteiligten Akteur*innen auf Landesebene und der Kommunen sowie Vertreter*innen aus der LSBTIQ*-Community.	Keine konkrete Antwort.	In keiner Weise.

**Hintergrund:** Bisher hat nur eine Kommune in Sachsen-Anhalt einen lokalen LSBTIQ\*-Aktionsplan: Die Landeshauptstadt Magdeburg (seit dem 17.09.2017). In der Stadt Halle (Saale) liegt ein NGO-Entwurf der lokalen LSBTIQ\*-Verbände vor, der bislang aber nicht Teil der städtischen Agenda ist. Alle anderen Landkreise und Kommunen hinken hinterher.

**Frage 1.6 Austausch zwischen der Landesregierung und LSBTIQ\*-Community sicherstellen**

Wie werden Sie in der zukünftigen Landesregierung Sachsen-Anhalts sicherstellen, dass der regelmäßige Austausch zwischen der Landesregierung und den Kooperierenden aus der LSBTIQ\*-Community und anderer Akteur\*innen fortgesetzt wird, um die Arbeit und Maßnahmen zur Akzeptanz und Gleichstellung von LSBTIQ\* in der Gesellschaft voranzubringen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Die CDU Sachsen-Anhalt wird sich auch dafür einsetzen, den kontinuierlichen Fach-austausch, z. B. mit dem Lesben- und Schwulen-politischen Runden Tisch in Sachsen-Anhalt (LSpRT) sowie weiteren Akteur_innen, die sich für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen in Sachsen-Anhalt engagieren, zukünftig bei der Umsetzung und Fort-schreibung des Aktions-programms weiterzuführen.	Basis eines nachhaltigen Austausches zwischen Politik und Verbänden ist zunächst eine angemessene Ausstattung der letzteren, um neben anderen Aufgaben entsprechende Möglichkeiten zur regelmäßigen Zusammenarbeit zu schaffen. Dies wollen wir durch eine Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung sicherstellen. Zudem wollen wir in der Landesregierung den bewährten Austausch mit der Community fortsetzen und ausbauen, beispielsweise mit der Beteiligung des LSQpRT an der Fortschreibung des LSBTTI-Aktionsprogramms (siehe Antwort zu Frage 1.3).	Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Austausch dringend geboten und muss fortgeführt werden. Innerhalb der Landesregierung ist für den Austausch und die Koordination der Ein-bindung von LSBTIQ*-Fachverbänden vor allem das nach aktuellem Stand zuständige Minis-terium für Justiz und Gleichstellung zuständig. Unsere Fraktion wird für den Dialog mit der LSBTIQ*-Community immer offen sein und das Ministerium, wenn nötig daran erinnern, es uns gleich zu tun.	Der in Antwort 1.5 bereits angesprochene Runde Tisch könnte eben diese Aufgabe erfüllen, da ja auch die Aktionsprogramme nur durch einen engen inhaltlichen Austausch aller Beteiligten den aktuellen Erfordernissen angepasst werden können. Ein stetiger Austausch ist daher unerlässlich.	Keine konkrete Antwort	Vertreter von LSBTTI-Vereinen können sich wie Interessenvertreter anderer Gruppierungen auch an die Landesregierung wenden.



**Frage 1.7 Aktive Unterstützung und Präsenz des Landtages bei den jährlichen Stadt- und Straßenfesten zum Christopher Street Day in Sachsen-Anhalt**

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt künftig die jährlichen in Sachsen-Anhalt stattfindenden Veranstaltungen zum Christopher Street Day unterstützt und repräsentativ bei den Stadt- und Straßenfesten präsent ist, um das Anliegen der LSBTIQ\*-Menschen für mehr Akzeptanz und Gleichstellung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gegenüber Sachsen-Anhalts Bürger\*innen zu werben und somit seiner Vorbildfunktion gerecht zu werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort.	Wir als SPD beteiligen uns üblicherweise aktiv an den Veranstaltungen des CSDs und werben damit für die Akzeptanz von LSBTIQ*-Menschen auch in der Öffentlichkeit. Eine Beteiligung des Landtages am CSD unterstützen wir, die Entscheidung darüber obliegt jedoch nicht uns alleine, sondern ist gegebenenfalls von den Mehrheitsverhältnissen im Landtag abhängig.	Dafür werden wir uns definitiv stark machen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war immer dabei und wird dies auch weiterhin sein. Leider besteht diese Offenheit nicht in allen Fraktionen des Landtages. Unsere Position ist da klipp und klar: der Landtag sollte als demokratische Vertretung der Bevölkerung sichtbar dabei sein und den CSD unterstützen.	In den vergangenen Jahren hat sich DIE LINKE ohne Ausnahme an den jährlichen Veranstaltungen zum Christopher Street Day in Sachsen-Anhalt aktiv beteiligt, diese aktiv unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. Wir werden uns ebenso dafür einsetzen, dass der künftige Landtag sich an dem CSD aktiv beteiligt und das Anliegen der LSBTIQ*-Menschen für mehr Akzeptanz und Gleichstellung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gegenüber Sachsen-Anhalts Bürger*innen bewirbt und mit dieser Haltung auch über die Landesgrenzen hinaus wirkt.	Keine konkrete Antwort	Nein.

**Frage 1.8 Mehrfachdiskriminierung beseitigen**

Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, um Mehrfachdiskriminierung von z. B. LSBTIQ\* mit Migrations- und Fluchterfahrung oder LSBTIQ\* mit Behinderung wirkungsvoll zu beseitigen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
<p>Nach Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) und dem wortidentischen Art. 7 Abs. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt (LVerf) sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Nach herrschendem Rechtsverständnis hat sich der Gleichheitssatz schon immer auch auf die sexuelle Identität erstreckt. Die sexuelle Identität wurde mit Unterstützung der CDU Sachsen-Anhalt in der Landesverfassung verankert. Mit der verfassungsrechtlichen Gleichstellung geht auch eine allgemeine rechtliche Gleichstellung einher, weil der Gleichheitssatz Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht bindet. Daneben gelten einfachgesetzliche Regelungen zum Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität.</p> <p>Ungeachtet dieser rechtlichen Situation ist es leider eine Tatsache, dass LSBTTI-Menschen noch immer Opfer von Anfeindungen und Diskriminierungen sind.</p>	<p>Intersektionalität ist ein großes, bislang aber leider vielfach noch zu wenig beachtetes Problem. Diesem wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen wirkungsvoll entgegenzutreten. Dazu werden wir neben einem generellen Ausbau v. damit verbundenen Bildungsprozessen, besonders in Kitas und Schulen, auch ganz spezifische Maßnahmen ergreifen. So wollen wir bei-spielsweise den selbstbestimmten Zugang von trans*-Personen zum Gesundheitswesen mitsamt der Qualifizierung und Sensibilisierung von Ärzt*innen verbessern. Einer Diskriminierung aufgrund von spezifischen gesundheitlichen Herausforderungen und Bedürfnissen – auch von migrantischen queeren Personen – soll somit entgegengewirkt werden. Ein weiterer Baustein zur Beseitigung von intersektionaler Diskriminierung ist die von uns angestrebte besondere Berücksichtigung von spezifischen Gruppenbedürfnissen innerhalb der queeren Community. Hierzu zählt unter anderem unser Vorhaben zum Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten mit Blick auf LSBTIQ*-Jugendliche, junge Erwachsene und Menschen mit Migrationshintergrund. Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik werden wir entsprechend aktiv. Dort wollen wir den Aufbau von Beratungsangeboten für queere Migrant*innen vorantreiben, um diesen den Weg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erleichtern.</p>	<p>Das komplexe Problem der Mehrfachdiskriminierungen wird bei der Fortschreibung des LSBTIQ*-Programms eine wichtige Rolle spielen müssen, denn hier kommt es entscheidend darauf an, dass die verschiedenen Ressorts den Kampf gegen Diskriminierung nicht wegen vermeintlicher Zugehörigkeit zu einer anderen Gruppen vernachlässigen. Dies wird Teil der Aufgabe werden, das Aktionsprogramm als zentrale, ressortübergreifende Daueraufgabe im Land Sachsen-Anhalt zu verankern und dabei Pläne für das Problem der Mehrfachdiskriminierung zu entwickeln.</p>	<p>Zum einen setzt sich DIE LINKE für ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz ein, das die bestehende Rechtslücke im AGG schließt und vor Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung schützt (siehe Antwort 4.1). Darüber hinaus wäre eine bessere Verzahnung bestehender Präventions- und Beratungsstrukturen zielführend, um Synergieeffekte zu erzielen.</p>	<p>Siehe Antwort 1.1</p>	<p>Keine. Die geltende Rechtslage (s.o.) ist ausreichend.</p>

Benachteiligung, Nicht-Akzeptanz, Ausschlüsse und vorurteilsmotivierte Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Entwicklung oder Geschlechtsidentität sind leider keine Einzelerscheinungen in unserer Gesellschaft. Sie gehören für LSBTTI-Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Dabei kann unser Land von einem Klima der Offenheit und des Respekts nur gewinnen. Deshalb ist die Förderung von Akzeptanz und in diesem Zusammenhang besonders auch die Ächtung von vorurteilsmotivierter Gewalt bzw. die stringente strafrechtliche Verfolgung entsprechender Straftaten ggü. LSBTTI ein wesentliches Ziel der CDU Sachsen-Anhalt. Trotz erheblicher Fortschritte besteht daher für uns auch weiterhin Handlungsbedarf, um das Verständnis für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu erhöhen.

--	--	--	--	--	--

**Frage 1.9 Sichtbarkeit von LSBTIQ\* im Alltag**

Auf welche Weise wollen Sie die Repräsentationskraft von LGBTIQ\* im normalen Alltag stärken?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Fragen der Repräsentation durch Abbildung sind durchaus komplex, da sie sowohl positiv und relevant sind, als auch Risiken zur Verfestigung bestimmter Stereotype durch das Interpretieren einer Person als Mitglied einer bestimmten Gruppe bergen. Wichtig ist daher für uns die vollumfängliche gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTIQ*-Personen. Dies wollen wir mit unseren Vorhaben einer geschlechtersensiblen Pädagogik sowie der Fortschreibung des überspannenden Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt unterstützen.	Im nicht-staatlichen Bereich (wie etwa der Wirtschaft) lässt sich diese Sichtbarkeit und Akzeptanz nicht verordnen. Es kann jedoch für Akzeptanz geworben werden. Dies tun wir. Bei Landeskampagnen und Material der Landesregierung wollen wir, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt als normaler Bestandteil der Gesellschaft sichtbar wird und wirken darauf hin.	Im Rahmen einer (siehe 1.3) Landeskampagne könnte die Sichtbarkeit und Repräsentationskraft von LSBTIQ* im Alltag deutlich verstärkt werden. Darüber hinaus können landeseigene bzw. kommunale Unternehmen, Institutionen sowie Verwaltungen durch eine entsprechende fachliche Beratung bei der Gestaltung ihrer Info- und Werbematerialien eine Unterrepräsentation von LSBTIQ* vermeiden. ein wichtiger Baustein für Sensibilisierung ist und bleibt die Fort- und Weiterbildung. Personal in öffentlichen Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen sollte regelmäßig für das Thema LSBTIQ* sensibilisiert werden. Auch für die Privatwirtschaft müssen solche Angebote vorgehalten und auch beworben werden. Öffentlichkeitsarbeit ist und bleibt einer der wichtigen Faktoren im Kampf um die Gleichberechtigung der unterschiedlichen Lebensweisen in Sachsen-Anhalt.	Siehe Antwort 1.1	Überhaupt nicht. LSBTTI-Aktivist:innen genießen schon mehr öffentliche Aufmerksamkeit als ihnen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil (s.o.) zukommt.

**Hintergrund:** LSBTIQ\*-Paare oder Personen sind fast kaum auf Infomaterialien oder in Werbungen zu finden. Es scheint, als würden sowohl Unternehmen als auch (mitunter staatliche) Institutionen das Vorhandensein von LGBTIQ\* im Alltag absprechen.

**Frage 1.10 Keine Diskriminierung von LSBTIQ\* durch Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen des Landes**

Was wollen Sie unternehmen, um Diskriminierungserfahrungen und die Verletzlichkeit von LSBTIQ\* bei Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen auf Landesebene (bspw. in der Corona-Pandemie) mitzuberechnen?

**Hintergrund:** Verordnungen und Maßnahmen waren in den letzten Monaten geprägt von einem heteronormativen Familienbild, das Diskriminierungserfahrungen und Lebensrealitäten von LSBTIQ\* nicht berücksichtigte.

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Mit Blick auf die Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen ist die Betrachtung auf zwei Ebenen zu unterscheiden. Auf der sprachlichen Ebene ist es korrekt, dass zahlreiche Vorschriften – auch in Sachsen-Anhalt – von einem heteronormativen Weltbild ausgingen. Dem wollen wir in Zukunft unter anderem mit unserer Forderung zum Gebrauch geschlechtersensibler und diskriminierungsfreier Sprache in allen öffentlichen Dokumenten entgegen-treten. Dies schließt selbstver-ständlich auch eventuell kommende Eindämmungsverordnungen mit ein. Auf der Wirkungsebene bleibt festzu-stellen, dass das SPD-geführte Ministerium f. Gesundheit ST im Rahmen der Eindämmungsverordnungen schon frühzeitig im Bundes-vergleich fortschrittliche Regelungen etabliert hat. So rich-tet sich die Erlaubnis zu privaten Zusammenkünften nicht an heteronormativen Familienmodellen aus, sondern nimmt bzw. nahm ausschließlich auf Angehörige von Hausständen sowie die 5-Personen-Regel Bezug. Gleiches gilt für Kinder, bei welchen das Nichtvorhanden-sein einer Verwandtschaft ersten Grades kein Kriterium zur Unter-sagung der Zusammenkunft war. Unter der Annahme, dass die Covid-19-Pandemie uns noch für absehbare Zeit beschäftigt, werden wir diesen LSBTIQ*-sensiblen Kurs in der Eindämmungspolitik fortführen.	Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie müssen auch die Lebensrealitäten von LSBTIQ* und deren Familienkonstellationen berücksichtigen. Diskriminierungen und Benachteiligungen darf es nicht geben. Alle müssen gleichbehandelt werden. Wir werden konsequent darauf hinwirken, dass dafür Sorge getragen wird.	DIE LINKE hat dieses Problem bereits erkannt und auf Bundesebene einen entsprechenden Antrag eingebracht, der die vielfältigen Probleme und Diskriminierungstatbestände erfasst, mit denen LSBTIQ*-Menschen während der Corona-Pandemie und des Lock-downs konfrontiert sind („Queere Menschen und ihre Infrastrukturen während der CO-VID-19-Pandemie besser schützen und unterstützen“; BT-Drs.19/24002). Das Problem, das DIE LINKE von Beginn an bei der Verfügung der Eindämmungsverordnungen gesehen und kritisiert hat, war die mangelnde Einbindung des Parlaments. Wir stehen zu unserer Forderung nach einem Pandemie-Rat im Land Sachsen-Anhalt, der sich aus Vertreter*innen der Landesregierung und des Landtages sowie Vertreter*innen von Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Gewerkschaften, Schulen und Sozialverbänden zusammensetzt. Auf diese Weise können von vornherein alle Perspektiven bedacht werden und entsprechend in die jeweiligen Eindämmungsverordnungen einfließen.	Die Freien Demokraten haben die teilweise überstürzte und widersprüchliche Verordnungspolitik der bisherigen Regierung kritisiert und alternative Vorschläge unterbreitet.  Nach Überwindung der Corona Krise wird es darum gehen müssen, für zukünftige Krisen zu lernen, um Fehler nicht zu wiederholen. Hierzu gehört auch die geschilderte Problematik. Auch Rettungsschirme müssen diskriminierungsfrei nach sachlichen Erfordernissen zugänglich sein.	Nichts. LSBTTI sind von der destruktiven Corona-Politik der Regierung nicht stärker betroffen als andere Bevölkerungsgruppen auch.